



LANDTAGSWAHL

FDP NRW erreicht
Rekordergebnis

HAUSHALT

Die schwarze
Null steht

TALENTSCHULEN

Innovative Konzepte für
bessere Bildungschancen

Politikwechsel für NRW

Interview mit den drei FDP-Ministern: Dr. Joachim Stamp, Yvonne Gebauer
und Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen anstrengende und arbeitsintensive Monate des Wahlkampfes. Während des anhaltenden Erneuerungsprozesses der Freien Demokraten haben wir gerade auch in Nordrhein-Westfalen lange auf das Schicksalsjahr 2017 hingearbeitet – und heute können wir sagen, dass wir es gemeinsam zu einem erfolgreichen Jahr gemacht haben.



JOHANNES VOGEL

Generalsekretär der FDP NRW

Im Frühjahr sind wir in unseren Landtagswahlkampf gestartet. Wir hatten uns die Ziele gesetzt, einen Politikwechsel für Nordrhein-Westfalen zu erreichen, drittstärkste Kraft im neuen nordrhein-westfälischen Landtag zu werden und eine Kampagne auf die Beine zu stellen, die ein Signal für ganz Deutschland setzt. Dank des großen Einsatzes aller Mitglieder und Wahlkämpfer konnten wir unsere Ziele erreichen und mit 12,6 Prozent sogar ein Rekordergebnis erzielen. Gemeinsam mit der CDU tragen wir nun in der NRW-Koalition Regierungsverantwortung für unser Bundesland und bringen beste Bildung und digitale Modernisierung konkret voran.

Zudem hieß es für uns in NRW: Nach der Wahl ist direkt vor der Wahl. Nach vier Jahren außerparlamentarischer Opposition haben wir gemeinsam dafür gekämpft, dass die Freien Demokraten wieder in den Deutschen Bundestag zurückkehren. Der Einsatz aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer wurde schließlich mit einem tollen, zweistelligen Ergebnis belohnt, sodass 80 Abgeordnete der neuen Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag angehören, 20 allein aus NRW – das ist großartig! Auf Bundesebene ließ sich leider keine Modernisierungscoalition erreichen. Es fehlte der Jamaika-Konstellation an gemeinsamer inhaltlicher Richtung und ausreichender Vertrauensbasis – mehr Hintergründe auch in diesem Heft. Die Freien Demokraten werden daher als Opposition unsere Themen weiter vorantreiben.

Die neuen Aufgaben sind Ehre und Verantwortung zugleich. Wir wollen und werden auch weiter sorgfältig mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger umgehen. Der Erneuerungsprozess der Freien Demokraten ist nicht vorbei, er tritt nur in eine neue Phase ein – mit erweiterten Herausforderungen, aber auch erweiterten Chancen. Dafür brauchen wir die Mithilfe aller Mitglieder in Nordrhein-Westfalen. Und das sind seit November wieder mehr als 17.000!

Ihr

Johannes Vogel



johannes-vogel.de



[facebook.com/
johannesvogel](https://facebook.com/johannesvogel)



[twitter.com/
johannesvogel](https://twitter.com/johannesvogel)



[instagram.com/
johannesvogel](https://instagram.com/johannesvogel)



Sie können das **liberal.nrw**
auch online lesen!
Besuchen Sie dazu einfach:
issuu.com/liberal-nrw

NRW freier, fairer, digitaler und sicherer machen

INTERVIEW Seit Sommer ermöglicht die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus Freien Demokraten und Christdemokraten den Menschen des Landes mehr Chancen. Die drei FDP-Minister Dr. Joachim Stamp, Yvonne Gebauer und Prof. Dr. Andreas Pinkwart beschreiben im Interview, welche Schritte sie für den Politikwechsel schon jetzt eingeleitet haben und welche noch folgen.



Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen – wie bewerten Sie den Start der schwarz-gelben NRW-Koalition?

Stamp: FDP und CDU haben eine Modernisierungs-Partnerschaft für unser Land beschlossen. Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen freier, fairer, digitaler und sicherer zu machen. Trotz parlamentarischer Sommerpause und Bundestagswahl haben wir bereits wichtige Weichen für den Politikwechsel gestellt. Bis NRW wieder eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnimmt, liegt aber noch viel Arbeit vor uns.

Silvester-Nacht 2015, der Fall Amri, hohe Einbruchszahlen ... Konnten Sie Nordrhein-Westfalen denn schon sicherer machen?

Stamp: Nicht mehr Gesetze, sondern mehr Polizisten sind zur Verbrechensbekämpfung notwendig. Deswegen haben wir noch für dieses Jahr 2.300 Polizei-Anwärter statt der von Rot-Grün geplanten 2.000 eingestellt. Das werden wir mindestens bis 2022 aufrechterhalten. Ab 2018 stellen wir zusätzlich jedes Jahr 500 Polizei-Verwaltungsassistenten ein. Außerdem stoppen wir unsinnige PR-Aktionen wie den Blitzer-Mara-

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Yvonne Gebauer und Dr. Joachim Stamp

thon. So bringen wir mehr Polizei-Präsenz auf die Straßen und leiten eine Trendwende bei der Inneren Sicherheit in NRW ein.

Was haben Sie als zuständiger Minister in der kurzen Zeit für Kinder und Familien unternommen?

Stamp: Als Erstes haben wir ein Programm in Höhe einer halben Milliarde Euro zur Rettung der Kita-Träger auf den Weg gebracht. Wegen der strukturellen Unterfinanzierung hätten sonst viele Einrichtungen schließen müssen. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Vorhaben der NRW-Koalition. Jetzt werden wir das Kinderbildungsgesetz überarbeiten, um dauerhaft eine auskömmliche Finanzierung zu sichern. Danach verbessern wir die Qualität der Betreuung – die Sprachförderung bei den Vierjährigen muss zum Beispiel verbindlicher werden – und dann wollen wir die Öffnungszeiten flexibilisieren.

Nach der Kita folgt die Schule. Wie sieht hier der Politikwechsel aus?

Gebauer: Wir haben von der rot-grünen Vorgängerregierung viele Baustellen übernommen, die uns vor enorme Herausforderungen stellen. Unsere Aufholjagd für beste Bildung hat aber begonnen! Die NRW-Koalition macht eine Schulpolitik, bei der die Schülerinnen und Schüler und ihre Talente im Mittelpunkt stehen. Tausende Lehrerstellen konnten beispielsweise bislang im Land nicht besetzt werden. Dies bedeutet in der Folge auch Unterrichtsausfall. Mit Hochdruck arbeite ich an Möglichkeiten, zusätzliche Lehrer – vornehmlich für die besonders betroffenen Grundschulen – zu gewinnen.

Sie haben also die jüngsten Schülerinnen und Schüler besonders im Blick?

Gebauer: Ja, wir unterstützen die Grundschulen nun besser bei ihrer Arbeit. Schließlich werden dort die

Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt. Wir können es uns nicht länger leisten, dass Kinder am Ende der Grundschulzeit nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können. Daher habe ich bereits einen „Masterplan Grundschule“ initiiert. Aber keine Sorge: Wir kümmern uns auch um die weiterführenden Schulen.

Sie stärken die Schulen durch zusätzliches Personal. Was beabsichtigen Sie beim Inventar?

Gebauer: In fünf Jahren werden die Pausen in unseren Schulen gewiss nicht mehr das Digitalste sein. Doch alleine werden die Kommunen eine zeitgemäße technische Ausstattung nicht stemmen können. Das Land unterstützt die Schulträger daher, unter anderem mit viel Geld. Aber auch der Bund muss seinen Beitrag leisten! Mit dem Inventar allein ist es aber auch nicht getan. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen durch Aus- und Fortbildungen in die Lage versetzt werden, die neuen technischen Möglichkeiten für ihren Unterricht zu nutzen.

Regelmäßig gab es Beschwerden über die rot-grüne Inklusionspolitik. Was wird sich ändern?

Gebauer: Wir steuern bei der Umsetzung um, wollen eine qualitativ hochwertige schulische Inklusion. Deshalb werden wir – insbesondere bei den weiterführenden Schulen – die Ressourcen konzentrierter und zielgenauer einsetzen. Außerdem brauchen wir ein möglichst breites Förderschulangebot, um Eltern eine Alternative zu ermöglichen.

Prof. Pinkwart, Sie sind Nordrhein-Westfalens erster Minister für Digitalisierung. Warum ist die Bündelung so wichtig?

Pinkwart: Die Digitalisierung ändert alles. Es tun sich überall neue Möglichkeiten auf. Um die Chancen zu erkennen und zu nutzen, empfiehlt es sich, Aufgaben zu bündeln und bei wichtigen Veränderungsprozessen



mit einem Modellministerium voranzugehen. Dies erhöht die Neugierde und die Bereitschaft zum Wandel. Schnelles Internet ist dabei absolute Grundvoraussetzung. Deshalb investieren wir bis 2025 sieben Milliarden Euro in den Ausbau gigabitfähiger Infrastruktur.

Ostwestfalen-Lippe wird erste von fünf „digitalen Modellregionen“ in NRW. Was verbirgt sich dahinter?

Pinkwart: Nordrhein-Westfalen soll das modernste Bundesland werden. Dazu gehören zum Beispiel digitale Bürgerämter. Wir wollen die öffentliche Verwaltung digitalisieren, sie somit schneller und bürgerfreundlicher machen. Ab 2018 entwickeln und erproben wir Konzepte beispielsweise in Paderborn, um dann erfolgreiche Projekte auch auf andere Städte und Regionen zu übertragen.

Im Zuge der Digitalisierung entstehen technologiebasierte Start-ups. Was tun Sie für eine neue Gründerzeit in NRW?

Pinkwart: Das Land vergibt ab 2018 jährlich Stipendien an 1.000 Gründer. Sie erhalten 1.000 Euro pro Monat. Außerdem ist die Gewerbeanmeldung bald komplett elektronisch möglich. Das spart in NRW insgesamt über 500.000 Stunden Zeit, die in Geschäftsideen investiert werden können. Und: Wir haben die Gründer hierzulande gefragt, wie sie sich eine gründungsfreundlichere Politik vorstellen. Auf Basis der Rückmeldungen

Drei Freie Demokraten sind Teil des neuen Regierungskabinetts in Nordrhein-Westfalen:

DR. JOACHIM STAMP

ist stellvertretender Ministerpräsident und kümmert sich im sogenannten Chancen-Ministerium um Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Von 2012 bis 2017 war Stamp stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion sowie ihr integrationspolitischer Sprecher. Seit November ist er auch Vorsitzender der FDP NRW.

YVONNE GEBAUER

führt das Ministerium für Schule und Bildung. In der Legislaturperiode zuvor sprach sie für die FDP-Landtagsfraktion zum Thema Schulpolitik. Sie gehört dem Landesvorstand der FDP NRW an.

PROF. DR. ANDREAS PINKWART

ist Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Bereits von 2005 bis 2010 war er Minister in Nordrhein-Westfalen. Heute ist er Kopf des ersten NRW-Ministeriums, das die komplette Digitalisierungsstrategie koordiniert, und ebenfalls Vorstandsmitglied der FDP NRW.

folgen weitere Maßnahmen für eine neue Gründerzeit.

Sie haben auch ein erstes Entfesselungspaket geschnürt. Welche Gängelungen sind die Bürger Nordrhein-Westfalens bald los?

Pinkwart: Die Hygiene-Ampel war zum Beispiel irreführend. Deswegen schaffen wir sie ab. Oder: Es herrscht Bedarf an flexibleren Ladenöffnungszeiten. Deswegen können die Gemeinden in NRW den Läden bald unkompliziert und rechtssicher doppelt so häufig wie bisher erlauben, sonntags zu öffnen. Wir arbeiten parallel auch schon am zweiten Entfesselungspaket. Wir vertrauen den Menschen in NRW und wollen sie wieder machen lassen.

Die NRW-Koalition investiert in Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und mehr. Wie wirkt sich das auf den Haushalt aus?

Stamp: Trotz der Investitionen in die Modernisierung unseres Landes planen wir bereits mit dem Haushaltsentwurf für 2018 ohne neue Schulden. Das ist hierzulande erstmalig seit 1973 wieder der Fall. Nachdem die rot-grüne Regierung regelmäßig mit ihrer Finanzpolitik vor dem Verfassungsgericht landete, sorgen wir für solide Finanzen und Generationengerechtigkeit.

Wie wollen Sie erreichen, dass das bevölkerungsreichste Land NRW in Zukunft auch wieder eine Rolle in der Bundespolitik spielt?

Stamp: Indem wir Debatten-Impulse geben werden. Beispielsweise durch Bundesratsinitiativen, wie wir sie schon für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer eingebracht haben. Genauso werden wir für ein modernes Einwanderungsrecht kämpfen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und braucht endlich eine neue Systematik, die zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und potentiellen Einwanderern unterscheidet. ■



Fesseln lösen – NRW wieder nach vorne bringen

WIRTSCHAFT Die NRW-Koalition gibt der Wirtschaftspolitik eine neue Richtung: Freiheit und Wachstumschancen. Die Politik der rot-grünen Vorgängerregierung, die von Misstrauen den Unternehmen gegenüber und von bürokratischen Hürden geprägt war, wird nun durch eine Entfesselungspolitik ersetzt. Die FDP-Fraktion sieht erste wichtige Weichen gestellt.

Der Anfang ist mit dem „Entfesselungspaket I“, das Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart auf Initiative des Landtags vorgelegt hat, gemacht.

Damit werden erste Maßnahmen für den Bürokratieabbau auf den Weg gebracht. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralph Bombis, sieht wesentliche wirtschaftspolitische Anliegen umgesetzt: „Wir schaffen die ‚Hygiene-Ampel‘ ab, die die Betriebe unter Generalverdacht gestellt und keine echte Transparenz geschaffen hat. Wir führen das Tariftreue- und Vergabegesetz, das keinen messbaren Erfolg, aber jede Menge messbare Bürokratie gebracht hat, auf die notwendigen Regelungen zurück.“ Mit der Änderung des Ladenöffnungsgesetzes wird zudem der stationäre Einzelhandel gestärkt, der nun an acht Sonntagen dem 24-Stunden-Onlinehandel etwas entgegensetzen kann. Der industriepolitische Sprecher Dietmar Brockes unterstreicht: „Die Unternehmen, die den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen prägen, bekommen nun endlich ein deutliches Unterstützungssignal. Diese Willkommenskultur für Investitionen und die Politik für Wachstumschancen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen werden wir fortsetzen.“

Tatsächlich macht die römische „I“ hinter dem Entfesselungspaket schon deutlich, dass hier noch ein langer Weg zu beschreiten ist, bis NRW wieder in die Spitzengruppe der Bundesländer aufrückt. Das „Entfesselungspaket II“ soll noch in diesem Jahr in den Landtag eingebracht werden. Es wird Änderungen des Landesentwicklungsplans sowie Erleichterungen für Gründer erhalten. Rainer Matheisen, Sprecher für Gründungspolitik, freut sich über diesen Schwerpunkt der NRW-Koalition: „Wir wollen, dass mehr Gründerinnen und Gründer ihre unternehmerische Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen beginnen, weil sie wissen, dass sie hier Unter-

stützung bekommen und der Gründungsprozess erleichtert wird.“ Im nächsten Jahr wird das „Gründerstipendium“ starten, mit dem das Land 1.000 Gründer mit 1.000 Euro monatlich für ein Jahr unterstützt. Im Dialog mit Gründern will die FDP-Fraktion weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Gründerklimas diskutieren und voranbringen.

„DAMIT MEHR GRÜNDER IHRE UNTERNEHMERISCHE TÄTIGKEIT IN NRW BEGINNEN“

Auch bei der Digitalisierung müssen in Nordrhein-Westfalen die Fesseln gelöst werden: Schritt für Schritt sollen die weißen Flecken behoben und zukunftssträchtige Maßnahmen umgesetzt werden. Mit der „Digitalen Modellregion OWL“ hat die Landesregierung ein erstes Leuchtturmprojekt auf den Weg gebracht, das in der Praxis zeigen wird, was Digitalisierung alles kann: vom digitalen Bürger- und Gewerbeamt bis hin zur Smart City als Testfeld für neue Anwendungen bei Mobilität, E-Health oder Arbeit 4.0. Vier weitere Modellkommunen aus den anderen Regierungsbezirken werden bis Ende des Jahres festgelegt. Hier werde das Potential der Digitalisierung deutlich, meint der Digitalexperte der FDP-Landtagsfraktion, Marcel Hafke: „Nordrhein-Westfalen kann sich an die Spitze der Bewegung setzen und zeigen, welche Chancen die digitale Transformation birgt.“ Mit der Digitalstrategie wird nächstes Jahr ein umfassendes Maßnahmenbündel für ein digitales NRW vorgelegt. Die FDP-Fraktion wird als Motor der Koalition weitere Vorschläge für ein modernes Nordrhein-Westfalen unterbreiten. ■

Stamp neuer der Freien

PERSONAL Der Landesparteitag der FDP NRW hat Ende November einen neuen Vorsitzenden gewählt. Fast 93 Prozent der Delegierten votierten für Dr. Joachim Stamp, der nun den größten Landesverband der Freien Demokraten anführt.



Seit 2012 war Christian Lindner Vorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen. 2013 ist er zusätzlich zum FDP-Bundesvorsitzenden gewählt worden.

Er habe seinerzeit um diese außerordentliche Möglichkeit gebeten, weil die Freien Demokraten in einer außerordentlichen Lage gewesen seien. „Die Aufgaben sollten jetzt wieder entflochten werden, damit die personelle Breite unserer Partei sichtbar wird und die Funktionen mit der notwendigen Konzentration ausgefüllt werden können“, hatte Lindner nach der erfolgreichen Bundestagswahl angekündigt.

So kam die FDP NRW am 25. November in Neuss zum Landesparteitag für Nachwahlen zusammen. Mit Blick auf die Existenzbedrohung, aber dann den Erfolg durch das Stehen zu eigenen

Überzeugungen bei der NRW-Wahl 2012, das Ausscheiden aus dem Bundestag 2013, die nordrhein-westfälische Unterstützung für andere Landesverbände, das FDP-Rekordergebnis bei der NRW-Wahl 2017, den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag und nun den Gegenwind durch den Ausstieg aus den Jamaika-Sondierungen stellte Lindner in seiner letzten Rede als Landesvorsitzender fest: „Eine Mitgliedschaft in der FDP, das ist nichts für schwache Nerven.“ Er rief den Anwesenden zu: „Ohne Euch wären die vergangenen Jahre nicht möglich gewesen.“ Zum Schluss seines Dienstes als Landesvorsitzender habe er nur ein einziges Wort im Gepäck: „Dankeschön.“

Anschließend stellte sich Dr. Joachim Stamp für das Amt des FDP-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen zur Wahl. Stamp, stellvertretender NRW-Ministerpräsident sowie Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, gehört bereits seit 2006 zum

Der neue Vorsitzende der FDP NRW: Dr. Joachim Stamp; und wiedergewählt: Generalsekretär Johannes Vogel



Vorsitzender

Demokraten Nordrhein-Westfalen



Stamps Vorstellungs-
rede beim
Landesparteitag:
bit.ly/2jE3hF3

Landesvorstand und war von 2010 bis 2012 Generalsekretär. In seiner Vorstellungsrede lobte er den guten Start der NRW-Koalition. „Ich will nun unser ganzes Gewicht in die Arbeit einbringen und als Vorsitzender des Landesverbands mit Armin Laschet auf Augenhöhe verhandeln, um das Land zu modernisieren.“

Stamp hat als Kommunalpolitiker dreimal hintereinander sein Direktmandat in der Stadt Bonn errungen. So erklärte er mit Blick auf die Kommunalwahl 2020: „Jede Freie Demokratin und jeder Freie Demokrat kann vor Ort um ein Direktmandat mitkämpfen. Ihr seid nicht schlechter als die Kandidaten der anderen Parteien. Dabei will ich Euch als Landesvorsitzender unterstützen.“ Zu Zeiten der außerparlamentarischen Opposition im Bund habe sich die Partei auf die kommunale Basis verlassen können. Nun müssten sich die Freidemokraten vor Ort auf die Partei verlassen dürfen. Bei der nächsten Europawahl sei

es Ziel, mit dem NRW-Verband Motor für die ganze FDP zu sein.

„Als Landesvorsitzender will ich auch den Erneuerungsprozess unserer Partei fortführen“, betonte Stamp. Das Engagement bei den Freien Demokraten müsse zum Beispiel familienfreundlicher werden und: „Ich will die Partei attraktiver für Frauen machen.“ Abschließend erklärte der Bonner, dass die FDP NRW keine One-Man-Show, sondern eine gut aufgestellte Mannschaft sei. Doch einer trage am Ende die Verantwortung. „Dazu bin ich bereit“, so Stamp. 92,82 Prozent der Delegierten wählten ihn zum neuen Vorsitzenden der Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen.

Da die Ämter des Landesvorsitzenden und des Generalsekretärs miteinander verbunden sind, wurde in Neuss auch der Generalsekretär neu gewählt. 94,69 Prozent bestätigten Johannes Vogel, der von Stamp vorgeschla-

gen worden war. „Mit dem Rekorderfolg bei der Landtagswahl und dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag haben wir Meilensteine erreicht. Der Erneuerungsprozess unserer Partei ist aber nicht vorbei, sondern tritt in eine neue Phase ein.“ Der Landesverband solle hier auch künftig ein Ideengeber für die Gesamtpartei und die Landesregierung sein. „Ich freue mich auf die weitere Arbeit im neuen Team“, so Vogel.

Da Stamp zum Vorsitzenden gewählt worden war, musste ein Beisitzer-Posten im Vorstand der nordrhein-westfälischen FDP neu besetzt werden. Der Landesparteitag sprach Jörg Kloppenburg aus Oberberg dafür sein Vertrauen aus. Christian Lindner bleibt als Bundesvorsitzender satzungsgemäß Mitglied des NRW-Landesvorstands. In Neuss wurde aber nicht nur Personal gewählt, sondern auch inhaltlich gearbeitet: Zahlreiche Neumitglieder diskutierten im Ideenlabor ihre Zukunftskonzepte für Partei und NRW. ■



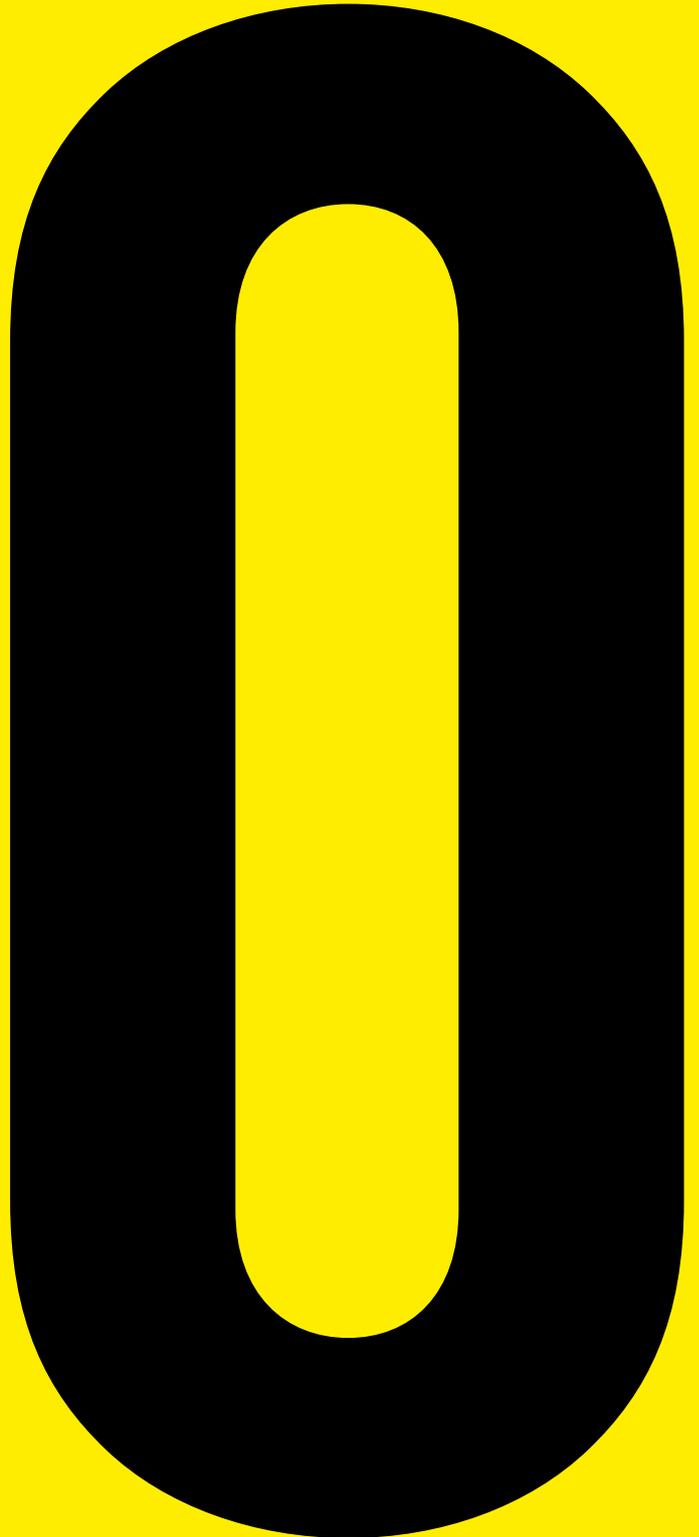
Christian Lindner wurde in der Stadthalle Neuss als Landesvorsitzender verabschiedet

Wir präsentieren die schwarze

Gestaltungshaushalt beendet Stillstand in NRW

HAUSHALT Die schwarze Null steht bereits im ersten eigenen Haushalt der neuen Regierung. Mit dieser Nachricht hat in Nordrhein-Westfalen niemand gerechnet. Zuletzt hat eine Landesregierung 1973 einen Haushaltsentwurf ohne neue Schulen ins Parlament eingebracht. Die Landesregierung hat sogar bereits angekündigt, die gesamte Legislaturperiode ohne Schulden auskommen zu wollen. „Wir haben den Menschen einen Politikwechsel versprochen. Und bei diesem Haushalt erleben wir, wie die NRW-Koalition dieses Land gestaltet: sicherer, moderner und chancenreicher“, sagt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche.

Statt neue Schulden zu machen, setzt der Haushalt Gestaltungsschwerpunkte für Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und Innere Sicherheit. Der Haushalt hat ein Gesamtvolumen von 74 Milliarden Euro. Rund 25 Prozent davon werden für schulische Bildung ausgegeben. Im Jahr 2018 werden mehrere tausend Lehrerstellen mehr zur Verfügung stehen, als von Rot-Grün geplant. Einerseits wird das Land zahlreiche neue Lehrerstellen schaffen, andererseits werden rund 3.300 kw-Vermerke (künftig wegfallend) aufgehoben – die alte rot-grüne Landesregierung hatte in ihrer Haushaltsplanung den Wegfall dieser Stellen noch beabsichtigt. „Um beste Bildung zu erreichen, muss der Unterricht aber stattfinden. Also brauchen wir genügend Lehrerinnen und Lehrer – und da hat die Vorgängerregierung ein verdammt schweres Erbe hinterlassen.“ Es werde nicht möglich sein, jede Stelle von heute auf morgen zu besetzen, betont Rasche. „Wir haben kurzfristige, pragmatische Maßnahmen getroffen und uns mittel- und langfristige Ziele gesetzt, denn jede zusätzlich besetzte Lehrerstelle bedeutet mehr Unterricht und mehr Chancen für unsere Schülerinnen und Schüler.“



1973 hat zuletzt eine Landesregierung einen Haushaltsentwurf ohne neue Schulden ins Parlament eingebracht.

Ein weiterer Punkt, an dem NRW durch die Koalition aus FDP und CDU verändert wird, ist die Verkehrspolitik. Neben einer sicheren Energieversorgung ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur extrem wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in unserem Land. „Die Trendwende ist mit dem Haushalt eingeleitet. Der Infrastrukturausbau und die Mobilität sind Schwerpunkte dieser Koalition. Sieben Jahre Stillstand und die Blockadepolitik der Grünen sind beendet.“ Die FDP-Fraktion unterstützt die ideologiefreie Förderung aller Verkehrsträger. So werden der Erhalt sowie Aus- und Neubau von Landesstraßen (rund 200 Millionen Euro) ebenso gefördert wie der Ausbau der Radwege (12,4 Millionen Euro) und der Öffentliche Personennahverkehr (1,79 Milliarden Euro).

„SIEBEN JAHRE STILLSTAND UND DIE BLOCKADEPOLITIK DER GRÜNEN SIND BEENDET“

In den Ausbau von schnellem Internet wird das Land 220 Millionen Euro investieren. Davon soll insbesondere auch der ländliche Raum profitieren. „Die stärkere Investitionstätigkeit des Landes bei Infrastruktur und Digitalisierung wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und die Innovationsfähigkeit unseres Landes erhöhen“, ist Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, überzeugt.

Die FDP will unser Land NRW gemeinsam mit den Menschen nach vorne bringen. „Das Land wird von Familien, von kleinen Orten, von Menschen und deren Zusammenhalt getragen. Diesen Zusammenhalt wollen wir besonders unterstützen.“ Dabei spielt das Ehrenamt in diesem Land eine herausragende Rolle, gerade im Sport und dort insbesondere im Breitensport. Die FDP-Fraktion und der Koalitionspartner CDU sind sich einig, den Sport über die bisherige Planung im Haushalt hinaus zu fördern. „Wir wollen und werden ein verlässlicher Partner der Sportfamilie Nordrhein-Westfalen sein“, sagt Rasche.

Rasche würdigt die historische Leistung des ausgeglichenen Haushalts. „Die SPD behauptet, der Haushalt sei dem Finanzminister vor die Füße gefallen. Wenn das die Ursache von solider Finanzpolitik wäre, dann hätte die SPD 40 Jahre am falschen Ort gestanden. So viel Pech

3300

kw-Vermerke bei Lehrern aufgehoben



Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion (*oben*), Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Haushalt und Finanzen der FDP-Landtagsfraktion (*links*)



Rede Christof Rasche zum Haushalt:
bit.ly/2BrKbt0

kann selbst die SPD nicht haben. Die Wahrheit ist: Der Ball lag doch in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen seit Jahren auf dem Elfmeterpunkt. Die alte Regierung hat sich mit ihren Beschlüssen aber immer für neue Schulden entschieden.“

220 Mio.

Euro für schnelles Internet

1,79 Mrd.

Euro für ÖPNV

74 Mrd.

Euro Gesamtvolumen des Landeshaushalts

Schulden, die sich immer weiter auf türmen, den Handlungsspielraum verengen und gerade die nachfolgenden Generationen belasten. Der Gesamtschuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen liegt bei 144 Milliarden Euro. Das Land NRW hat seit seiner Gründung rund 140 Milliarden allein für Zinsen gezahlt. „Der Anspruch, die gesamte Legislaturperiode ohne neue Schulden zu planen, ist ambitioniert. Aber er ist in erster Linie Ausdruck von Verantwortung und Generationengerechtigkeit“, betont Ralf Witzel. Solides Haushalten und verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bleibe für die FDP-Fraktion auch in Regierungsverantwortung Leitlinie der Haushaltspolitik. ■

Wir glauben, das

Bundestagswahl Die Bundestagswahl 2017 hat die demokratischen Parteien vor eine große Herausforderung gestellt. Nach viereinhalb Wochen Sondierungen war für die Freien Demokraten klar: Für eine Vierer-Koalition aus CDU, CSU, Grünen und FDP gab es weder eine gemeinsame Idee zur Modernisierung der Republik noch eine gemeinsame Vertrauensbasis.

Auf Länderebene tragen die Freien Demokraten in verschiedenen Bündnissen Verantwortung und sorgen für eine liberale Handschrift bei der Gestaltung der Politik: in Rheinland-Pfalz mit SPD und Grünen, in Schleswig-Holstein mit CDU und Grünen, in Nordrhein-Westfalen in einer Koalition mit der CDU. Auch bei den Sondierungen auf Bundesebene habe man Kompromissangebote gemacht, sagt der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner. „Wir wissen, dass Politik vom Ausgleich lebt. Mit knapp elf Prozent kann man nicht einer ganzen Republik den Kurs vorgeben.“

237 Punkte ungeklärt

Nach über vier Wochen Sondierungen waren aber immer noch 237 Punkte ungeklärt. Es habe ein Papier mit zahllosen Widersprüchen, offenen Fragen und Zielkonflikten vorgelegen, berichtet der Bundesvorsitzende. „Trotz langer Sondierungsgespräche konnte in wesentlichen Politikfeldern keine Verständigung erzielt werden“, konstatiert Lindner. Selbst in der letzten Runde der Verhandlungsführer am

Tage des Sondierungsendes wurden Differenzen nochmals bestärkt.

Die Freien Demokraten sind bei der Bundestagswahl angetreten, um Trendwenden für Deutschland zu erreichen – beispielsweise für beste Bildung. Dazu bedarf es nicht nur Geld für Investitionen, sondern auch einer grundlegenden Reform des deutschen Bildungsföderalismus mit bundesweiten Standards und mehr Kooperationen zwischen Bund und Ländern. „Die Union hat Ideen vorgelegt. Die CSU war hier jedoch zu keinem Schritt bereit. Auch Teile der Grünen, wie etwa Winfried Kretschmann, haben lautstark gegen ihr eigenes Programm gewettert“, klärt Lindner auf.

Unionsprogramm als Kompromiss

Mit Blick auf Steuern und Abgaben will die FDP eine Trendwende hin zu einer fairen Balance zwischen Bürger und Staat. „Wir hatten hier weitgehende Kompromisse angeboten. Auf eine große Steuerreform im Umfang von 30 bis 40 Milliarden Euro Entlastung hätten wir verzichtet“, so Lindner. Die

FDP sei auch bereit gewesen, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags in Stufen bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuführen. Die Freien Demokraten mussten aber erkennen, dass nicht einmal dazu eine Bereitschaft bestand. „Am Schluss lag nach wochenlanger Debatte als Angebot mehr oder weniger das Wahlprogramm der Union vor, das den Soli mäßig reduziert und die Entscheidung über die Abschaffung bis in die nächste Legislaturperiode fortgeschrieben hätte“, beschreibt der Freidemokrat.

„Wir müssen weltweit um die besten Talente werben und sie nach einem Punktesystem in unseren Arbeitsmarkt einladen“, sagt Dr. Joachim Stamp, der für die FDP die Themen Flucht und Migration sondierte. Neben Hochqualifizierten seien Fachkräfte „für normale Berufe“ nötig. „Für diese qualifizierte Einwanderung zeichnete sich parteiübergreifende Zustimmung ab“, berichtet Stamp. Beim Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige gab es aber selbst in den letzten Stunden vor Gesprächsende zwischen CSU und Grünen keine Einigung. Trotz vermittelnder Kompromissversuche aus liberaler Feder kam es zu keiner Übereinkunft.

„Politik endet dort, wo Physik beginnt“, steht für Christian Lindner fest. In der Energiepolitik lautete ein Kompromissvorschlag der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel, Kohlekraftwerke mit einer Leistung von sieben Gigawatt zu schließen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Für die Freien Demokra-

es anders geht.



Lindners Parteitagrede:
bit.ly/2APYY4F

ten ist dieser Wert mit Blick auf die Versorgungssicherheit des Industriestandorts Deutschland schon kaum realisierbar – und für die Grünen war er immer noch nicht genug. Keine Einigung. In der Sozialpolitik wollte die CSU unbedingt die Mütterrente ausweiten. „Das hätte unmittelbare Beitragssteigerungen in der Rentenversicherung ausgelöst. Gerade nach den Renten-Geschenken der Großen Koalition wäre es aber an der Zeit gewesen, Maßnahmen für eine faire und generationengerechte Finanzierung einzuleiten“, so der Arbeitsmarkt- und Sozialexperte der FDP, Johannes Vogel. Zudem habe vor allem auf Seiten der Grünen keine Bereitschaft bestanden, an wesentlichen Punkten wie etwa der Arbeitszeit und beim Renteneintritt Flexibilisierungen vorzunehmen und den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme so fit zu machen für Digitalisierung und moderne Arbeitswelt.

Kein Vertrauen

Neben den 237 offenen inhaltlichen Punkten fehlte den vier Parteien auch eine gemeinsame Vertrauensbasis. „Permanent sind wahre oder auch falsche Tatsachenbehauptungen von einzelnen Sondierungsteilnehmern durchgestochen worden. Permanent gingen bei mir Hinweise ein, wie Teilnehmer des FDP-Sondierungsteams in Hintergrundgesprächen bei Journalisten verächtlich gemacht wurden“, weiß Christian Lindner. Unter solchen Umständen gedeihe das zarte Pflänzchen gegenseitigen Vertrauens wohl kaum. „Die Entscheidung war schwer, und die Konsequenzen sind ebenfalls schwerwiegend. In dieser Konstellation zu regieren, wäre aber für unser Land schlechter gewesen. Diese Koalition hätte die Politik der Großen Koalition fortgesetzt und um Verrücktheiten der Grünen ergänzt“, resümiert Lindner. Sie hätte niemals vier Jahre durchgehalten. „Wir glauben, dass es anders geht“, blickt er nach vorne. Die FDP werde nun eine konstruktive Politik im Deutschen Bundestag machen. Es gelte: Erst die Haltung, dann die Dienstwagen. ■

Mitglieder des FDP-Sondierungsteams aus NRW:



CHRISTIAN LINDNER



DR. JOACHIM STAMP



DR. MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN



DR. MARCO BUSCHMANN



ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF



JOHANNES VOGEL



PROF. DR. ANDREAS PINKWART



BIJAN DJIR-SARAI

Wir müssen Deutschlands Infrastruktur fit für die Aufgaben der Zukunft machen.



Bernd Reuther, 46
Leit. Angestellter
Wahlkreis 113: Wesel I

Mein Herzsthema ist die Digitalisierung, weil hier unser Land mehr tun muss, als nur abzuwarten.



Roman Müller-Böhm, 24
Student
Wahlkreis 117:
Oberhausen – Wesel III

Das Münsterland ist eine starke Region. Wir wollen die Menschen von bürokratischen Fesseln befreien und den Glasfaserausbau im ländlichen Raum vorantreiben.



Karlheinz Busen, 66
Bauingenieur
Wahlkreis 126:
Borken II

„Der Sinn der Politik ist Freiheit“, sagt Hannah Arendt. Ich möchte Politik, die wieder Sinn macht.



Dr. Marco Buschmann, 40
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der Freien
Demokraten / Rechtsanwalt
Wahlkreis 123: Gelsenkirchen

Den Generationenvertrag durch eine faire und zukunftsorientierte Haushaltspolitik einzuhalten.



Otto Fricke, 52
Rechtsanwalt
Wahlkreis 110:
Krefeld I – Neuss II

Als starke Stimme der Kommunen in Berlin will ich für eine Reform der Gemeindefinanzen kämpfen.



**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann, 59**
Freiberufliche
Verlagsrepräsentantin
Wahlkreis 106: Düsseldorf I

Das Handwerk und der Mittelstand sind Anker und Kreativpool unserer Wirtschaft. Wirtschaft entfesseln – Bürokratie abbauen!



Manfred Todtenhausen, 66
Elektromeister
Wahlkreis 102:
Wuppertal I

Deutschland soll ein starkes, weltoffenes, tolerantes Land bleiben und wieder optimistisch in die Zukunft sehen.



Bijan Djir-Sarai, 41
Hauptamtlicher Dezernent
Wahlkreis 108:
Neuss I

Mein oberstes Ziel ist, dass der Bund mehr in die Infrastruktur des Nahverkehrs investiert.



Reinhard Houben, 57
Diplom-Kaufmann /
Geschäftsführer
Wahlkreis 93: Köln I

Deutschland kann Großartiges leisten. Wir wollen den Menschen die bürokratischen Fesseln lockern und in Zukunftsthemen wie Bildung und Digitales investieren.



Christian Lindner, 38
Bundes- & Fraktionsvorsitzender
Wahlkreis 100:
Rheinisch-Bergischer Kreis

Bessere Bildung, Digitalisierung und höhere Sicherheit ohne Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen.



Katharina Kloke, 30
Volljuristin
Wahlkreis 90: Düren

Soziale Marktwirtschaft wieder stärken – nur verteilen, was erwirtschaftet wird, und Haftung für Fehlverhalten.



Markus Herbrand, 46
Steuerberater
Wahlkreis 92:
Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II

Deutschland soll erfolgreich, frei und sicher bleiben durch aktive liberale Außen- und Europapolitik.



Alexander Graf Lambsdorff, 50
Diplomat
Wahlkreis 96: Bonn

Damit Fortschritt keine Schnecke ist. Mehr Marktwirtschaft wagen.



Frank Schäffler, 48
Dipl.-Betriebswirt (FH)
Wahlkreis 134: Minden-Lübbecke I

Den ländlichen Raum stärken – Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – „Ja“ zum Individualverkehr. Mut!



Christian Sauter, 37
Dipl.-Wirtschaftsingenieur (FH)
Wahlkreis 135: Lippe I

Eine Gesellschaft, in der sich Freiheit und Solidarität gegenseitig stärken. Politik soll gestalten, nicht bevormunden.



Olaf in der Beek, 50
Selbstständiger Unternehmer
Wahlkreis 140:
Bochum I

Unser Gesundheitssystem von den planwirtschaftlichen Fesseln befreien und zukunftsfähig machen.



Katrin Helling-Plahr, 31
Rechtsanwältin / Fachanwältin
für Medizinrecht
Wahlkreis 138:
Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Kleine und mittlere Unternehmen stärken durch bessere Infrastruktur, weniger Bürokratie und flexible Märkte in einem offenen Europa.



Carlo Cronenberg, 55
Unternehmer
Wahlkreis 147:
Hochsauerlandkreis

Arbeitsmarkt und Rente fit machen für Digitalisierung und moderne Arbeitswelt.



Johannes Vogel, 35
Politikwissenschaftler
Wahlkreis 149:
Olpe – Märkischer Kreis I

Ich trete an für eine Politik, die den Menschen in Deutschland wieder Chancen ermöglicht und nicht ständig neue Vorschriften macht.



Nicole Westig, 49
Fundraiserin
Wahlkreis 98:
Rhein-Sieg-Kreis II

Jetzt fängt die Arbeit erst richtig an!

Die Freien Demokraten sind zurück im Deutschen Bundestag. Bei der Bundestagswahl stimmten 10,7 Prozent der Wähler für die FDP, in NRW waren es gar 13,1 Prozent. 80 Abgeordnete bilden nun die FDP-Bundestagsfraktion. 20 von ihnen kommen aus Nordrhein-Westfalen. Christian Lindner führt die Fraktion als Vorsitzender. Mit Alexander Graf Lambsdorff kommt einer seiner sechs Stellvertreter ebenfalls aus NRW. Der Gelsenkirchener Marco Buschmann ist erster Parlamentarischer Geschäftsführer. Vorsitzender der freidemokratischen NRW-Landesgruppe, die wir Ihnen hier vorstellen, ist Bijan Djir-Sarai. Nach vier Jahren außerparlamentarischer Opposition im Bund sind sich alle einig: Jetzt fängt die Arbeit erst richtig an! ■



Zur FDP-Bundestags-
fraktion:
www.fdpbt.de



MARC LÜRBKE

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innenpolitik

NRW sicherer machen

INNENPOLITIK Einen Neustart in der Innenpolitik hat die FDP-Fraktion als Opposition gefordert. Bereits nach einem halben Jahr hat die neue Koalition wichtige Maßnahmen dafür auf den Weg gebracht. „Die Stärkung der Inneren Sicherheit hat für die FDP-Fraktion Priorität. Denn die effektivste Waffe im Kampf gegen Kriminalität ist eine vernünftige personelle und technische Ausstattung unserer Polizei“, sagt Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Für Lürbke ist der Neustart in der Sicherheitspolitik gelungen. „Wir halten unser Versprechen und bringen mehr Polizei auf die Straße. Bereits in diesem Jahr haben wir die Einstellungszahlen der Kommissaranwärter von 2.000 auf 2.300 aufgestockt. Diese hohe Einstellungszahl halten wir bis mindestens 2022 aufrecht.“ Hinzu kommen jährlich 500 weitere Regierungsbeschäftigte im Polizeidienst, die unsere Polizisten von zeitintensiven Verwaltungstätigkeiten entlasten. „So haben unsere Beamtinnen und Beamten endlich wieder mehr Zeit für ihr Kerngeschäft, und die Präsenz in der Fläche wird sofort gestärkt.“ Seit Jahren hat die FDP-Fraktion darauf gedrängt, die Personalzahlen bei der Polizei spürbar zu erhöhen. „Schon 2015 haben wir zusätzliches Personal für die Polizei gefordert. Das ist bei Rot-Grün jedoch auf Ablehnung gestoßen. Erst nach der Silvesternacht in Köln 2015/16 – und somit viel zu spät – setzte ein Umdenken der Vorgängerregierung ein. Dadurch besteht nun aber großer Nachholbedarf. Die FDP-Fraktion arbeitet konsequent daran, die Versäumnisse von Rot-Grün zu beheben“, so Lürbke.

Ausreichend Personal ist aber nur eine Seite der Medaille. Für Marc Lürbke ist es wichtig, dass die Polizei ihre Aufgaben jeden Tag bestmöglich erledigen kann: „Wir investieren im nächsten Jahr fast 60 Millionen Euro mehr in modernste Ausstattung auf dem neuesten Stand der Technik und machen unsere Polizei so fit für die Zukunft.“ Das ist in Zeiten der Digitalisierung wichtiger denn je. „Wir holen die Polizei ins 21. Jahrhundert. Investitionen in die IT auch zur Bekämpfung von Cybercrime oder in eine bessere Datenverarbeitung werden dafür sorgen, dass die Polizei NRW effizienter, effektiver und weniger bürokratisch arbeiten kann“, sagt Lürbke. Zudem investiert die NRW-Koalition insgesamt rund 720 Millionen Euro umfassenden Sachhaushalt der Polizei künftig auch in neue Fahrzeuge für



Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden und den Rechtsstaat nachhaltig stärken

die Bereitschafts- und Wasserschutzpolizei sowie in die persönliche Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. „Das ist dringend nötig und mir persönlich ein besonderes Anliegen. Gerade wenn es um den Bereich der Eigensicherung sowie taktische Möglichkeiten der Beamten geht. Wir stehen an der Seite unserer Polizei“, erklärt Lürbke.

Aufgabe für die nächsten Monate ist auch die Überprüfung und passgenaue Anpassung des Rechtsrahmens. „Wir brauchen weiterhin in NRW mehr Fahndungsdruck auf Kriminelle und terroristische Gefährder. Bestehende Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Im Koalitionsvertrag haben wir zudem bereits die Einführung der Strategischen Fahndung verabredet. Damit erhöhen wir den Fahndungs- und Kontrolldruck und behalten gleichzeitig Freiheits- und Persönlichkeitsrechte im Blick.“ Das neue Instrument ermöglicht der Polizei, anlassbezogene und verdachtsunabhängige Anhalte- und Sichtkontrollen durchzuführen, aber stets unter Berücksichtigung der aktuellen europä- und verfassungsrechtlichen Vorgaben und Rechtsprechung. „Unser Ziel ist es, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden und den Rechtsstaat nachhaltig zu stärken. Jeder soll sich zu jeder Zeit in jedem Winkel unseres Landes sicher fühlen können“, sagt Lürbke. ■

Johannes Vogel (*rechts*); u.a. Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende der FDP NRW und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende der FDP (*unten*)



Gute Unterhaltung: Der Neumitgliederkongress 2017 fand im Kino statt

Die Mitmach-Partei wächst

NEUMITGLIEDERKONGRESS Immer mehr Menschen engagieren sich für die Modernisierung des Landes und treten den Freien Demokraten bei. Mittlerweile zählt die FDP NRW über 17.000 Mitglieder.

Beim jährlichen Neumitgliederkongress des Landesverbandes rief Generalsekretär Johannes Vogel die neuen Überzeugungstäter auf, sich einzubringen. „Zeigen Sie keinerlei Zurückhaltung und machen Sie mit“, so sein Appell. An Gelegenheiten mangle es schließlich nicht: „Sie sind bei jeder Parteiveranstaltung willkommen. Formate wie das Skill Camp oder die Ideenlabore leben gerade von Ihrem Engagement.“ Hinzu kämen beispielsweise Umfragen oder echte Basis-Abstimmungen wie über den NRW-Koalitionsvertrag. „Lassen Sie sich keine Chance entgehen, unser Land mitzugestalten“, so Vogel. Über 250 Neumitglieder besuchten im November den für sie ausgerichteten Kongress in Düsseldorf. Die Neu-Freidemokraten wurden aus erster Hand über Bundes- und Landespolitik sowie das liberale Vorfeld informiert, konnten über den Markt der Möglichkeiten flanieren oder den anwesenden Abgeordneten ihre Fragen stellen. ■

Besucherrekord beim Bürgerdialog

BÜRGERDIALOG Die FDP-Landtagsfraktion ist gewachsen: 28 Abgeordnete bilden seit der Landtagswahl im Mai die bisher größte Fraktion der Freien Demokraten im Landtag. Dass der gesamte Plenarsaal mit liberal gesinnten Menschen gefüllt ist, ist jedoch eine Ausnahme. Beim jährlichen Bürgerdialog der Fraktion war es nun wieder soweit: Rund 500 Gäste waren der Einladung gefolgt – ein Besucherrekord!

Nach einem Rückblick auf die Arbeit der Fraktion in den ersten Monaten der Legislaturperiode sowie auf die zurückliegende Haushaltsdebatte stellte der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche mit einer launigen Rede die Abgeordneten vor. Vom alphabetisch ersten Abgeordneten, Ralph Bombis, der sich „fünf Jahre über die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün die Haare raufen“ musste, über Bodo Middeldorf, „an den Sie ab sofort denken, wenn Sie im Stau stehen“, bis zum letzten im Alphabet, Ralf Witzel, der die Schuldenregierung von Hannelore Kraft „sieben Jahre vor sich hergetrieben hat“ und sich nach Regierungsübernahme umso mehr über die schwarze Null freuen kann. Mehr über die thematische Arbeit der Fraktion und die Arbeitsweise des Parlaments erfuhren die Besucher im Gespräch mit den Abgeordneten. Ein Rundgang durch das beeindruckende Gebäude rundete das Programm ab. Ansprechpartner der Bürger sei die Fraktion aber nicht nur einmal im Jahr, betonte Rasche, und ermutigte die Besucher, sich mit ihren Anregungen und Ideen in die politische Debatte einzubringen. ■

Alexander Brockmeier, Markus Diekhoff und Marcel Hafke amüsieren sich (*unten*)



Launige Rede von Fraktionschef Christof Rasche (*rechts*)



Mobilität für alle weiterentwickeln



VERKEHR Wie sieht die individuelle Mobilität der Zukunft aus? Das ist eine wichtige Frage liberaler Verkehrspolitik. Die Mobilitätsbedürfnisse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind vielfältig, und es erfordert Mut und ideologiefreie Debatten, um zukunftsfähige und passgenaue Lösungen zu finden. „Die Ermöglichung individueller Mobilität ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Ziele der FDP-Fraktion und der Koalition“, erklärt Bodo Middeldorf, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Teilhabe an Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen und die Weiterentwicklung des Sozialtickets waren jetzt Thema im Landtag.



BODO MIDDELDORF
Sprecher für Verkehr

In der Debatte über die Zukunft des Sozialtickets hat sich die FDP-Fraktion klar dafür ausgesprochen, ein vergünstigtes Ticketsystem für Bedürftige zu erhalten und weiterzuentwickeln. Derzeit verfehlt das von der rot-grünen Minderheitsregierung eingeführte Ticket sein Ziel. Genaue Zahlen über Nutzer des Tickets gibt es derzeit nicht, die Angaben schwanken zwischen knapp 200.000 und 300.000 Menschen – die Gruppe der Anspruchsberechtigten umfasst aber rund 1,5 Millionen Menschen. „Damit hätte das Sozialticket gerade mal einen 20-prozentigen Zuspruch. Das heißt, 80 Prozent der Berechtigten werden gar nicht erreicht“, so Middeldorf.

Zudem besteht beim Sozialticket in seiner jetzigen Form eine Gerechtigkeitslücke. In der Umsetzung werden nämlich in den allermeisten Fällen Personen ausgegrenzt, die geringfügig über den Einkommens-

grenzen liegen. „Der Auszubildende, die alleinerziehende Mutter mit Teilzeitstelle, der Familienvater mit Minijob – sie alle bleiben weitgehend unberücksichtigt“, erläutert Middeldorf. Die FDP-Fraktion will daher ein Mobilitätspaket, das die Konstruktionsfehler des heutigen Systems behebt und landesweite zielgruppenbezogene Angebote ermöglicht. „Wir stehen für einen Lösungsansatz, der auch die Mobilitätsbedürfnisse von Bevölkerungsgruppen mit sehr geringem Einkommen berücksichtigt.“ Aus Sicht der Koalition gehört dazu auch ein Angebot für Auszubildende. „Die sind heute benachteiligt. Insbesondere in ländlichen Räumen müssen sie nicht selten größere Strecken zu ihrem Ausbildungsplatz zurücklegen.“

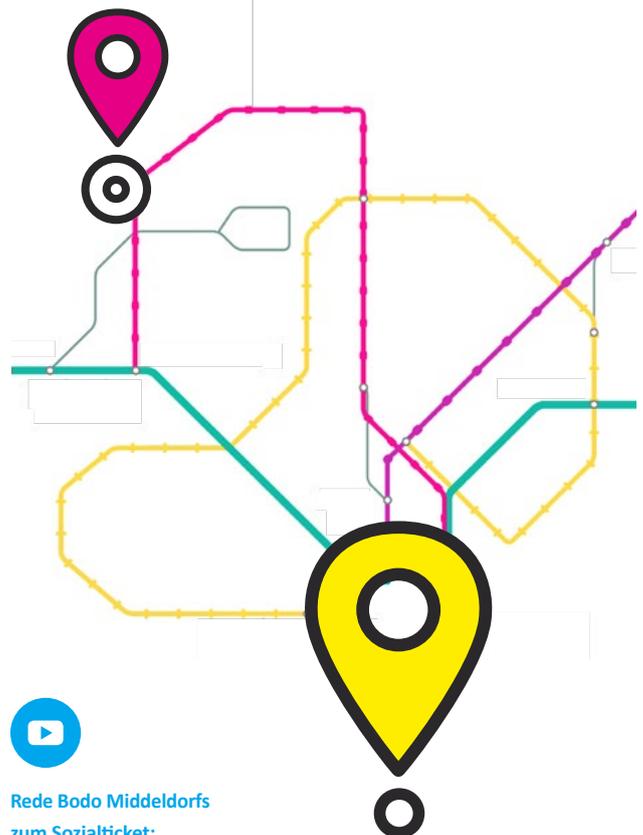
Eine Schwäche des Sozialtickets liegt derzeit auch in der völlig uneinheitlichen Umsetzung in den Kommunen und Verkehrsverbänden. Während im VRR, der weite Teile des Ruhrgebiets umfasst, das Sozialticket nur als Monatskarte für 37,80 Euro erhältlich ist, bietet der VRS, der unter anderem Köln und Bonn umfasst, auch vergünstigte 4er-Tickets an. In einigen anderen Regionen gibt es gar kein Angebot.

„Wir wollen die Gespräche mit den Verkehrsverbänden und anderen Akteuren konstruktiv und ohne ideologische Scheuklappen führen. Wir streben mit neuen technischen Möglichkeiten und innovativen An-

80%

der zu einem Sozialticket Berechtigten werden gar nicht erreicht

sätzen bessere Lösungen für einen bedarfsgerechten und wirtschaftlicheren ÖPNV an“, erklärt der Verkehrsexperte. Um den Dialog mit den Verkehrsträgern nicht zu belasten und die Weiterentwicklung ohne Einschnitte für die bisherigen Nutzer voranzubringen, unterstützt die FDP-Fraktion die Absicht der Landesregierung, den Haushaltsansatz wieder auf 40 Millionen Euro anzuheben. ■



Rede Bodo Middeldorfs zum Sozialticket:
bit.ly/2BvpFYm

Politik für starke und lebenswerte Kommunen

KOMMUNALES Der Handlungsbedarf bei den Kommunen ist groß, denn sie haben unter sieben Jahren rot-grüner Politik besonders gelitten. Bereits im ersten halben Jahr nach Regierungsübernahme hat die Koalition viele Weichen gestellt, um die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick erklärt der kommunalpolitische Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Henning Höne.



HENNING HÖNE
Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Kommunales



Die FDP-Fraktion möchte eine starke kommunale Selbstverwaltung. Dafür braucht es ein solides finanzielles Fundament. Dieses wird im kommenden Jahr mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) gestärkt. Es werden 1,06 Milliarden Euro mehr an die Kommunen ausgeschüttet als im Vorjahr – das ist ein Rekordvolumen. Zugleich gewähren wir den Kommunen mehr Flexibilität. Die Investitionspauschalen werden gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel, die bislang einer Zweckbindung unterlagen, können also auch anderweitig eingesetzt werden. Der individuelle Bedarf einer Kommune kann so besser und eigenverantwortlich abgedeckt werden. Im Jahr 2020 werden die Auswirkungen dieser erhöhten Flexibilität evaluiert. Zudem werden die Sockelbeträge der Schul- und Sportpauschalen – erstmals seit 2009 – um 50 Prozent erhöht.

Darüber hinaus werden wir die Steuererhöhungsspirale bei der Grund- und Gewerbesteuer endlich durchbrechen, indem die fiktiven Hebesätze eingefroren werden. Durch die steten Erhöhungen dieser Hebesätze unter Rot-Grün wurde der Druck auf die Kommunen Jahr für Jahr erhöht, an der Steuer-

1,06 Mrd.

Euro mehr für die Kommunen als im Vorjahr durch das Gemeindefinanzierungsgesetz

50 %

höhere Sockelbeträge der Schul- und Sportpauschalen – erstmals seit 2009

500 Mio.

Euro Rettungspaket für Kitas bis 2019



Video zum Thema:
bit.ly/2iU7S9J

schraube zu drehen. Auch der sogenannte „Kommunal-Soli“ wird wie versprochen abgeschafft.

Die FDP-Fraktion nimmt in der Sozialpolitik ihre Verantwortung wahr, zum Beispiel beim Unterhaltsvorschuss. In der letzten Legislaturperiode hatten wir immer wieder auf die steigenden Belastungen der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss hingewiesen. SPD und Grüne waren jedoch zu keiner Entlastung bereit. In Regierungsverantwortung setzen wir unsere Forderung um. Bislang wurden die Kommunen in NRW mit 80 Prozent der vom Land zu tragenden Kosten beteiligt. Dieser Anteil wird auf 40 Prozent halbiert.

Die weltbeste Bildung braucht auch eine intakte und zeitgemäße Schulinfrastruktur. Im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erhält NRW zur Stärkung der Bildungsinfrastruktur 1,12 Milliarden Euro vom Bund, die vom Land zügig und ohne Abzüge an die Kommunen weitergeleitet werden. Damit werden bauliche Veränderungen für Inklusion oder Ganztagsangebote möglich. Aber auch Mensen, Sporthallen sowie Labore können durch die direkte Weiterleitung angegangen werden.

Mit einer großen Kraftanstrengung hat die Landesregierung die drohende Schließung von Kitas und den Rückzug von Kita-Trägern abgewendet. Eine große Erleichterung für die Kommunen, die ihren Familien so weiterhin Planungssicherheit geben können. 500 Millionen Euro hat das Land im Nachtragshaushalt 2017 bereitgestellt. Die Finanzierung aller Einrichtungen wird durch das Rettungspaket bis 2019 gesichert. Diese Zeit werden wir nutzen, um das Finanzierungssystem neu auszurichten.

Unsere Kommunen brauchen eine funktionierende Wirtschaft. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP arbeitet darum an der Entlastung der Unternehmen von unnötiger Bürokratie. NRW wurde von Rot-Grün mit vielen kleinen Gewichten jahrelang gelähmt. Klare Regeln wollen wir für verkaufsoffene Sonntage. Die Anzahl wird erhöht. Aber fast noch wichtiger: Kommunen werden rechtssicher über verkaufsoffene Sonntage entscheiden können.

Wir haben uns hohe Ziele gesetzt, zugleich aber auch von Beginn an ein hohes Tempo vorgelegt, damit unsere Kommunen stark und lebenswert bleiben. ■

28 Freie Demokraten im Landtag NRW



Alle Abgeordneten von links nach rechts:

- 1 **Alexander Brockmeier**
Sprecher für Jugend
Sprecher für Datenschutz
- 2 **Lorenz Deutsch**
Sprecher für Kultur
- 3 **Stephan Haupt**
Sprecher für Verbraucherschutz
- 4 **Dr. Werner Pfeil**
Vorsitzender des Rechtsausschusses
Sprecher im Wahlprüfungsausschuss sowie für Feuerwehr und Katastrophenschutz
- 5 **Stefan Lenzen**
Sprecher für Integration und Flüchtlinge
Sprecher für Arbeit und Soziales

- 6 **Dr. Joachim Stamp**
Stellvertretender Ministerpräsident
Minister für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
- 7 **Franziska Müller-Rech**
Sprecherin für Schule
- 8 **Stephen Paul**
Sprecher für Heimat, Bauen,
Wohnen und Stadtentwicklung
Sprecher für Religion und Kirchen
- 9 **Ralf Witzel**
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen
Sprecher im Unterausschuss Personal
- 10 **Rainer Matheisen**
Sprecher für Innovation und Gründer
Sprecher für Drogenpolitik
- 11 **Yvonne Gebauer**
Ministerin für Schule und Bildung
- 12 **Markus Diekhoff**
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Naturschutz und Jagd

- 13 **Marcel Hafke**
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Familie und Kinder
Sprecher für Digitalisierung
- 14 **Angela Freimuth**
Vizepräsidentin des Landtags NRW
Sprecherin im Hauptausschuss sowie
für Wissenschaft und Forschung
- 15 **Moritz Körner**
Sprecher für Hochschule
Sprecher im PUA „Fall Amri“
- 16 **Andreas Terhaag**
Sprecher für Sport
Sprecher für Umwelttechnik
- 17 **Jörn Freynick**
Sprecher für Landesplanung
Sprecher für Bergbausicherheit
Sprecher für LSBTI*
- 18 **Bodo Middeldorf**
Sprecher für Verkehr
Sprecher im Unterausschuss Landes-
betriebe und Sondervermögen
- 19 **Dietmar Brockes**
Vorsitzender des Ausschusses für
Europa und Internationales
Sprecher für Industrie und Energie

- 20 **Martina Hannen**
Sprecherin für schulische Berufs-
und Weiterbildung
- 21 **Susanne Schneider**
Sprecherin für Gesundheit und Pflege
Sprecherin für Gleichstellung
- 22 **Henning Höne**
Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Kommunales
- 23 **Thomas Nückel**
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
Sprecher für Medien
Sprecher für Europa und Internationales
- 24 **Christof Rasche**
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion
- 25 **Marc Lürbke**
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innenpolitik
- 26 **Ralph Bombis**
Sprecher für Wirtschaft,
Mittelstand und Handwerk sowie
im Unterausschuss Controlling
- 27 **Ulrich Reuter**
Sprecher für Petitionen
Sprecher für Schiene und
Binnenschifffahrt
- 28 **Christian Mangen**
Sprecher für Rechtspolitik
Sprecher für Haushaltskontrolle



Homepage:
fdp.fraktion.nrw



FDP NRW erreicht

Rekord

Diese historische Leistung fußt in den Augen des Generalsekretärs der FDP NRW, Johannes Vogel, auf zwei Säulen.

Die Vorbereitung fand durch den früh angelegten Prozess der Parteientwicklung statt: „Noch nie war zum Beispiel ein FDP-Programmprozess so partizipativ wie unser. Alle Mitglieder hatten die Chance, sich bei den Ideenlaboren oder bei der Umfrage einzubringen. So sprachen sie sich beispielsweise für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 aus, was nun in NRW Gesetz wird.“ Die Arbeit am Landtagswahlprogramm, die bereits Ende 2015 startete und sich über rund ein Jahr erstreckte, sei all ihren Einsatz wert gewesen, unterstreicht Vogel. Auch in die Qualifikation und Schulung der

J. Vogel, O. Fricke, C. Lindner, A. Freimuth und C. Rasche am Wahlabend

Aktionstag „Fahren statt warten“

FDP NRW sorgt für volle Häuser und Plätze

Mitglieder wurde gezielt und früh investiert. „In der AG Parteientwicklung stellten wir 2014 fest, dass alle erfolgreichen liberalen Parteien strategisch in die Qualifikation ihrer Mitglieder investieren. Indem auch wir in neuen Formaten wie den Skill Camps Wissen miteinander teilen und zusätzlich externe Experten einladen, wird jedes einzelne Mitglied besser und somit der Verband noch schlagkräftiger“, weiß Vogel. Seit 2015 findet das neue Veranstaltungsformat der FDP NRW jährlich in Düsseldorf statt. Im Wahljahr 2017 waren es sogar zwei.

Zweiter Erfolgsfaktor war die Kampagne. Überall lag Nordrhein-Westfalen hinten. „Für die Menschen bedeutet das jeden Tag gestohlene Lebenszeit

und weniger Chancen. Da setzen wir an“, sagte Johannes Vogel bei ihrer Vorstellung im Februar. Deswegen sei „Es geht um unser Land“ Motto des FDP-Wahlkampfes in NRW geworden. Die Bildsprache unterstrich das. Sie zeigte Spitzenkandidat Christian Lindner in seinem Berufsalltag fernab der herkömmlichen Shooting-Szenarie: echt, glaubwürdig und stets im Einsatz für den Politikwechsel. Die verschiedenen Großflächen-Motive wurden in drei Wellen ab sechs Wochen vor der Wahl im ganzen Land aufgestellt. Mit fast 2.000 Stück waren es so viele wie nie zuvor – und erstmalig wurden sie nachts beleuchtet. Ebenfalls Kampagnen-Element: zwei Touren durch Nordrhein-Westfalen. Mit 18 Großveranstaltungen vor Ort



ergebnis

LANDTAGSWAHL Die FDP NRW hat am 14. Mai ihr bestes Ergebnis aller Zeiten bei einer nordrhein-westfälischen Landtagswahl erreicht. Mit 12,6 Prozent schnitten die Freien Demokraten im Land so gut ab wie niemals zuvor.

gab es für jeden Bürger Gelegenheit, die FDP persönlich zu erleben. Die Indoor- und Outdoor-Veranstaltungen lockten insgesamt Tausende von Besuchern an. „Das große Interesse war eine echte Vorabstimmung mit den Füßen“, resümiert der Generalsekretär.

Die Sozialen Medien nehmen in der politischen Kommunikation eine immer zentralere Rolle ein. „Unser Anspruch war es daher, stärkste Partei im digitalen Wahlkampf zu sein“, so Vogel. Das ist nachweislich gelungen. So erreichte Christian Lindner zum Beispiel auf seinem Facebook-Profil mehr Interaktionen als alle anderen NRW-Spitzenkandidaten zusammen. Das Profil der FDP NRW belegte in

dieser Disziplin ebenfalls Platz eins unter den Landesparteien. Seit Ende 2016 erreichten beide Profile gemeinsam durchschnittlich Millionen von Menschen pro Woche. Schlüssel zum Erfolg war, dass die Freien Demokraten ihre Ideen und Konzepte täglich für die Sozialen Medien aufbereiteten: informativ, pointiert und immer auf Linie der Kampagne. „Unser Spot zur Landtagswahl und unsere PR-Aktionen stechen hier nochmals heraus“, sagt der Generalsekretär. Binnen weniger Tage erreichte der Wahlkampf-Spot allein in den Sozialen Medien Millionen Bürger und Zeitungen schrieben darüber. Auch PR-Aktionen wie „Fahren statt warten“ gegen den Stau in NRW wurden Gegenstand der medialen Berichterstattung.

PR-Aktion für schnelles Internet

Kampagnen-Vorstellung im Februar



FDP-Spot zu Landtagswahl:
bit.ly/2oxA8f2

„Alles in allem“, betont Vogel, „war das Rekordergebnis aber nur möglich, weil unsere Mitglieder größten Teamgeist zeigten und jeder Einzelne seinen Beitrag zum Erfolg leistete.“ Dieser ist nachhaltig: Bei der Bundestagswahl im Herbst übertraf die FDP NRW das Landtagswahlergebnis. 13,1 Prozent der Menschen sprachen sich für die Freien Demokraten aus. Und: Als erste politische Partei überhaupt erhielt die FDP NRW für ihre Kampagne den renommierten Effie Award in Gold – ein Preis, der vom Gesamtverband Kommunikationsagenturen GWA verliehen wird. „Das Jahr 2017 war ein wichtiger Meilenstein, aber kein Abschluss“, sagt Vogel. Die Erneuerung sowie die Professionalisierung der Partei gehen weiter. ■

Mehr Chancengerechtigkeit, Schulen stärken!



FRANZISKA MÜLLER-RECH
Sprecherin für Schule

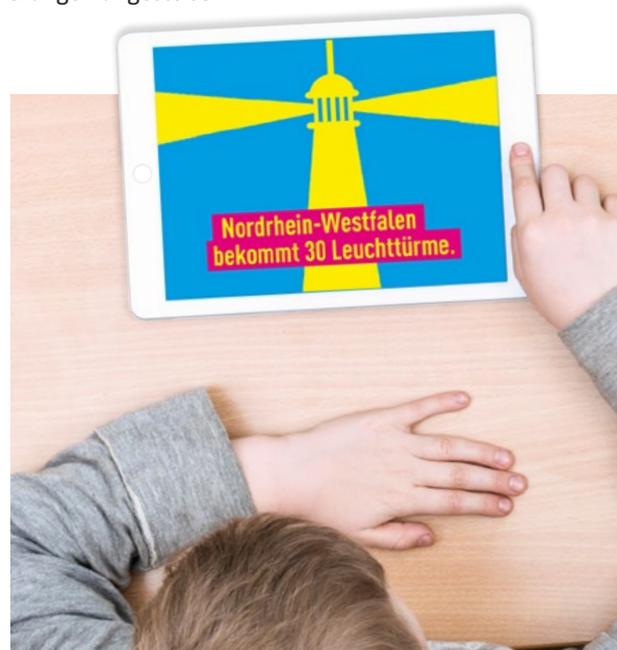
SCHULE Riesige Baustellen, ein grüner Scherbenhaufen – die Bestandsaufnahme in der Bildungspolitik nach der Abwahl der rot-grünen Vorgängerregierung war ernüchternd. Überforderung der Schulen bei der Inklusion, Bedrohung des Förderschulangebots, Frustration beim verkürzten Abitur an Gymnasien und nicht zuletzt erschreckende Ergebnisse in Bildungsstudien. Um die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen zu erhöhen und weniger abhängig von ihrer sozialen Herkunft zu machen, hat die FDP-Fraktion die Initiative für 30 Talent-Schulen in den Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen angestoßen.

Für uns ist es ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass Tausende Schüler in NRW die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen. Wir wollen nicht tatenlos zuschauen, wie halbe Jahrgänge nicht mal die grundlegenden Kompetenzwerte erreichen“, sagt Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Deshalb will die Koalition in den Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen des Landes 30 Talent-Schulen mit innovativen pädagogischen Konzepten und modernster Ausstattung ermöglichen. Dabei stehen drei Ziele im Fokus: **1. Bildungschancen gerechter und weniger abhängig von der sozialen Herkunft zu gestalten, 2. Talente zu entdecken und zu fördern, wo sie zu oft nicht erkannt werden, und 3. die Stigmatisierung einzelner Stadtteile zu durchbrechen, indem gerade dort die besten Lernbedingungen geschaffen werden.** Um die Idee auf eine solide Basis zu stellen, hat die FDP-Fraktion eine Studie in Auftrag gegeben. Bildungsforscher Helmut E. Klein hat dafür Lernstandserhebungen ausgewertet. Die Studie belegt deutlich, dass Bildungschancen im hohen Maße vom sozialen Umfeld abhängig sind.

In Schulen des Standorttyps 5 – dieser zeichnet sich durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen der Eltern, einen

hohen Anteil an Hartz-IV-Beziehern und eine große Zahl von Bürgern mit Migrationshintergrund aus – erreichen in Hauptschulen, Realschulen und Schulen des längeren gemeinsamen Lernens über die Hälfte der Schüler keine Regelstandards. Klein empfiehlt daher, mit den Talent-Schulen beim Standorttyp 5 anzusetzen. „Der hohe Grad der Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aufgrund des sozialen Umfelds und des Familienhintergrunds stellt insbesondere an Schulen des Standorttyps 5 eine besondere Herausforderung dar. Daraus ergibt sich, dass vorrangig Schulen des Standorttyps 5 und eventuell des Standorttyps 4 als Adressaten des Programms „Talent-Schulen“ angesprochen werden sollten.“ Zudem spricht sich Klein für eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation aus, um Erfolge wirklich messbar zu machen.

Die Qualität der Bildung ist für die FDP-Fraktion von maßgeblicher Bedeutung, deshalb sollen an den Talent-Schulen innovative pädagogische Konzepte angewendet werden. „Talent-Schulen brauchen exzellente Ausstattung – insbesondere bei einem MINT-Schwerpunkt ist sie unerlässlich –, und auch im Bereich der digitalen Bildung müssen sie auf dem neuesten Stand sein“, sagt Müller-Rech. Das Konzept Talent-



Die Talent-Schulen sollen auf andere Schulen und den Stadtteil ausstrahlen.



Alle Infos zu den Talent-Schulen: bit.ly/2nlim3u

Schule soll nach Ansicht der FDP-Fraktion für jede Schulform geöffnet werden. Müller-Rech erhofft sich eine Strahlkraft der Talent-Schulen auch auf andere Schulen und insbesondere in die Stadtteile. „Hier kann der Hebel sein, aus der Mitte des Sozialraums Veränderungen anzustoßen. Die Talent-Schulen sollen Vorbild für andere Schulen sein und damit eine gewisse Dynamik auslösen.“ Im nächsten Schritt geht es der FDP-Fraktion darum, die Umsetzung mit dem Koalitionspartner und der Landesregierung voranzutreiben. ■

Kraftakt für Familien in NRW

FAMILIEN Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind durch die Untätigkeit der rot-grünen Vorgängerregierung chronisch unterfinanziert. Um die Schließungen von Kindertageseinrichtungen und den Rückzug von Trägern zu verhindern, hat das Land kurzfristig den Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Marcel Hafke, stellvertretender Vorsitzender und familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Durch diesen Kraftakt und das schnelle Handeln von Familienminister Joachim Stamp sind die größten Sorgen der Kita-Träger beseitigt. Jetzt geht es darum, an dauerhafter Finanzierung und der Qualität der frühkindlichen Bildung zu arbeiten.“

Investitionen in Kinder und Bildung sind beste Zukunftsinvestitionen, ist der Familienexperte Hafke überzeugt. Durch die halbe Milliarde Euro aus dem Kita-Rettungspaket ist die Finanzierung aller Kitas in Nordrhein-Westfalen bis 2019 abgesichert. Die FDP arbeitet mit Hochdruck daran, die Finanzierung der Einrichtungen dauerhaft zu gewährleisten. „Nur mit festem Boden unter den Füßen können die Träger der Kitas längerfristig planen“, unterstreicht Hafke. Mittelfristig ist es erklärtes Ziel der Koalition, die Qualität in der Betreuung zu verbessern. „Zudem wollen wir in weiteren Schritten auch die Öffnungszeiten stärker dem Bedarf der Eltern anpassen.“ Das wäre ein wichtiger



MARCEL HAFKE

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Familie und Kinder

Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Diese Vorhaben möchte die FDP-Fraktion im Dialog mit allen Beteiligten umsetzen. „Es gibt dicke Bretter zu bohren. Aber nur so können wir erreichen, dass junge Familien in NRW zukünftig ein verlässliches und bestens vorbereitetes Betreuungsnetz in Anspruch nehmen können“, unterstreicht Hafke. ■

© Landtag NRW, Fotograf: Achim Schüller



Freie Demokraten trauern um
DR. HORST-LUDWIG RIEMER

Der ehemalige stellvertretende NRW-Ministerpräsident und Vorsitzende der FDP Nordrhein-Westfalen, **Dr. Horst-Ludwig Riemer, ist Anfang Oktober im Alter von 84 Jahren in Monchau verstorben.** „Sein Tod bedeutet den Verlust eines der erfahrensten Politiker unseres Landes, der über Partei- und NRW-Grenzen hinweg sehr geschätzt wurde“, sagt Christian Lindner. Riemer hat auf allen politischen Ebenen Verantwortung getragen. Ankerpunkt war aber die NRW-Landespolitik, wo er rund 25 Jahre in verschiedenen Rollen die Geschicke des bevölkerungsreichsten Bundeslandes mitgestaltete. ■



VIER LIBERALE
STAATSEKRETÄRE IN NRW

Neben den drei FDP-Ministern sind weitere Freidemokraten an den Spitzen der NRW-Ministerien vertreten: Andreas Bothe ist seit Sommer Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration; Christoph Dammermann im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie; Mathias Richter im Ministerium für Schule und Bildung sowie Dirk Wedel im Justiz-Ministerium. „Ich bin mir sicher, dass unsere Staatssekretäre gemeinsam mit unseren Ministern die Modernisierung des Landes vorantreiben werden“, gratuliert der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel. ■



AUSBLICK AUFS NEUE JAHR
Neujahrsempfang und Parteitag

Am 14. Januar 2018 laden Partei und Fraktion der Freien Demokraten in NRW zum **Neujahrsempfang** in Düsseldorf ein. Neben dem Landesvorsitzenden der FDP NRW, Dr. Joachim Stamp, spricht auch der Bundesvorsitzende, Christian Lindner. Auch live auf der Bühne: die beiden NRW-Minister Yvonne Gebauer und Prof. Dr. Andreas Pinkwart, der Fraktionsvorsitzende und der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP im NRW-Landtag, Christof Rasche und Henning Höne, sowie die stellvertretende Vorsitzende der FDP NRW Angela Freimuth und der Generalsekretär der FDP NRW Johannes Vogel. Der **Parteitag** der FDP NRW findet am 14. und 15. April in Siegen statt. ■

Herr Rasche, Sie sind Anfang Oktober zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Haben Sie sich schon an die neue Aufgabe gewöhnt?

Schon vor meiner Wahl war ich ja eng in die Regierungsbildung und den Aufbau der neuen, größten FDP-Fraktion in der Landesgeschichte eingebunden. Dennoch ist die Aufgabe als Fraktionsvorsitzender natürlich immer mit einer besonderen Verantwortung verbunden. Meine erste Generaldebatte bei der Haushaltseinbringung durfte ich ebenfalls bereits führen.

Eigentlich wollten Sie für den Deutschen Bundestag kandidieren, sind dann auf Bitten von Christian Lindner in Düsseldorf geblieben – eine schwere Entscheidung?

Ich komme aus dem Mannschaftssport, und da lernt man, dass man nur gemeinsam erfolgreich sein kann und nur dann, wenn jeder auf seiner Position gut spielt. Ich hätte gerne Politik in Berlin gestaltet. Genauso gerne arbeite ich aber am Politikwechsel in NRW. Hier gebe ich nun auf meiner Position mein Bestes.

Welche Rolle hat denn der Fraktionsvorsitzende?

Als Fraktionsvorsitzender verrete ich natürlich die Interessen der Freien Demokraten im Landtag und innerhalb der Koalition – als verllässlicher, aber auch kritischer Partner. Zugleich ist man Schnittstelle zwischen Regierung und den einzelnen Abgeordneten.

Gibt es eine Leitlinie Ihrer Arbeit?

Grundsätzlich ist das der Koalitionsvertrag, den wir umsetzen und an den wir den Koalitionspartner, wenn nötig, erinnern. Natürlich haben wir auch unser Wahlprogramm nicht vergessen und setzen eigene Akzente. Unser Selbstverständnis wird es jedenfalls bleiben, Motor der Nordrhein-Westfalen-Koalition zu sein.

Inhaltlich haben wir den Menschen einen Politikwechsel versprochen – und daran halten wir uns. Wir wollen NRW sicherer, moderner und chancenreicher machen. Aber auch den Stil der Regierungspolitik haben wir geändert: konsequent, sachlich und ehrlich – mit Respekt für die Menschen in unserem Land und ihre Sorgen.

Haben Sie persönlich ein Herzensanliegen für diese Legislaturperiode?

Mir persönlich ist die Stärkung des Ehrenamts ein besonderes Anliegen. Denn die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren – in Vereinen, in Initiativen oder einfach so vor Ort –, die halten unsere Gesellschaft zusammen, und deswegen sollten wir ihnen so viele Steine wie möglich aus dem Weg räumen.

Was machen Sie, wenn Sie nicht gerade Politik machen?

Auch dann bin ich gerne mit Menschen zusammen. Freunde und Familie trifft man privat, in meiner Heimat Erwitte vor allem aber auch beim Schützenfest. Und natürlich spielt daneben Sport in meinem Leben eine große Rolle: Ich versuche mich auch im Alltag fit zu halten – und beste Entspannung finde ich im Ski-Urlaub.



Christof Rasche wurde 1962 in Erwitte geboren, wo er noch heute zu Hause ist. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. Christof Rasche schloss eine Ausbildung zum Bankkaufmann ab und war vor seinem erstmaligen Einzug in den Landtag im Jahr 2000 Geschäftsstellenleiter eines örtlichen Kreditinstitutes. Kommunalpolitisch ist er seit 1989 aktiv, seit 1996 bis heute als Vorsitzender von Stadtverband und Ratsfraktion in Erwitte, wo die Freien Demokraten bei der letzten Kommunalwahl 2014 auf 20,1% kamen.

2002 wurde Christof Rasche zum stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion sowie in den FDP-Landesvorstand gewählt, 2012 übernahm er das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers. Seit 2000 war er verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion. Am 10. Oktober 2017 wählte ihn die Fraktion zum Fraktionsvorsitzenden – als Nachfolger von Christian Lindner.

 christof-rasche.de

 facebook.com/ChristofRasche

 twitter.com/Chris_Rasche

Impressum: Herausgeber: FDP-Landesverband und FDP-Landtagsfraktion | Redaktion: verantwortlich für Inhalt und Seiten des Landesverbandes Marcel Kauling
Anschrift der Redaktion: FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, info@fdp-nrw.de, FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40271 Düsseldorf, fdp-fraktion@landtag.nrw.de
Verlag: Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH (LWD) | Konzept und Beratung: Helmut Vandenberg | Layout und Satz: Sebastian Zimmer | Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin
liberal.nrw | Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen